

da sind grosse Parteien geschlossen für die Aufhebung der Curirfreiheit, andere dagegen. Die am weitesten rechts stehenden Parteien scheinen sich zu den Bestrebungen der Aerzte am meisten geneigt zu verhalten, die links stehenden dagegen, die Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnigen, am meisten abhold. Und warum letztere? Weil sie eben auch hierbei ihren Parteidoctrinen folgen zu müssen glauben, weil auch hier vor allem die manchesterlichen Grundsätze von dem freien Spiel der Kräfte, von der möglichsten Fernhaltung der polizeilichen Einmischung in weitere Gebiete des Erwerbslebens, der Bekämpfung alles dessen, was als Förderung der zünftlerischen Bestrebungen erscheinen kann, überwiegen. Als ob in der Bekämpfung des Betruges, der schwindelhaften Ausbeutung des Volkes an Gesundheit und Vermögen, denn darum handelt es sich doch bei der Curpfuscherei, nicht alle Parteien einig sein sollten, als ob hier noch Parteidogmen eine Rolle spielen könnten! Aber, so wird erwidert, die bestehenden Gesetze, der Betrugsparagraph und andere reichen ja vollständig aus, um die schwindelhaften Manöver der Curpfuscher zur Bestrafung zu bringen, neue Gesetze sind nicht nothwendig. Ausserdem wird der Umfang und die Ausdehnung dieses schamlosen Gewerbes weit unterschätzt und demgemäss auch der Schaden, der durch dasselbe angerichtet wird. Wollen wir bei den gesetzgebenden Factoren wirklich Erfolg erzielen, so muss hier der Hebel angesetzt, und diese beiden Punkte dürfen nicht ausser Augen gelassen werden. Was zunächst den Umfang der Curpfuscherei anlangt, so kann dieser nur durch eine umfassende Enquête, die sich über ganz Deutschland erstreckt, festgestellt werden. Es ist durchaus wünschenswerth, dass eine solche nach einheitlichen Gesichtspunkten und von einer Centralstelle aus geleitet, vorgenommen wird. So willkommen auch einzelne Erhebungen sind, wie sie von verschiedenen Aerztekammern, dem Preussischen Medicinalbeamtenverein etc. herrühren, so sind sie doch gleichsam nur als Stichproben zu bezeichnen, nothwendig ist eine Erhebung, die sich über das ganze Reich erstreckt. Dieselbe könnte entweder vom Deutschen Aerztevereinsbunde ausgehen oder von der Berlin-Brandenburger Aerztekammer, die ja jetzt ebenfalls eine Enquête beschlossen hat. Fragebogen müssten an alle Aerzte versandt werden, ein jeder wäre imstande, Material beizubringen, namentlich auch die Medicinalbeamten, die sich ja ex officio mit dieser unangenehmen Materie beschäftigen müssen. Von vornherein dürften sich die Untersuchungen nur auf die gewerbsmässigen Pfuscher erstrecken, die sogenannten „gutartigen“ Pfuscher wären jedoch gänzlich ausser Betracht zu lassen, weil ja bekanntlich von mancher Seite grosser Werth darauf gelegt wird, unter keinen Umständen die Handlung des guten Freundes, des Pfarrers oder Lehrers, der irgend ein harmloses Mittel in uneigennütziger Weise anrath, mit Strafe bedroht zu sehen. Wir sollten sogar immer betonen, dass es uns durchaus nicht darum zu thun, ebensowenig wie dass Hülfeleistung bei Gefahren irgendwie gesetzlich beschränkt werden sollte. Schon dadurch werden manche Missverständnisse geklärt werden.

Daneben müsste auch einmal das massenhaft in den medicinischen Zeitschriften angehäuften Material über die Curpfuscher, namentlich die Casuistik, nach einheitlichem Gesichtspunkte litterarisch verarbeitet werden. Namentlich das Correspondenzblatt der ärztlichen Bezirksvereine Sachsens erwirbt sich ein grosses Verdienst um die Curpfuscherfrage dadurch, dass es alle bemerkenswerthen Fälle von Vorkommnissen seit Jahren registrirt und denselben wohl den breitesten Raum von allen medicinischen Zeitschriften gewährt. In dem von der Centralstelle herauszugebenden Werke müssten dann vor allem zwei Punkte eingehend berücksichtigt werden, weil sie am ehesten imstande sind, auf die breite Oeffentlichkeit einzuwirken und auch den grössten Optimisten die Augen zu öffnen. Das sind einmal die gerichtlichen Verurtheilungen, die möglichst vollständig actenmässig dargestellt werden sollten, und dann müsste ganz besonders die Vergangenheit und die ganze Vita der gewerbsmässigen Unheilkünstler möglichst eingehend dargestellt werden. Wird dann das Publikum erfahren, dass in den meisten Fällen Leute, die in irgend einem Berufe moralisch oder finanziell Schiffbruch gelitten haben, über Nacht den Beruf in sich fühlen, als Helfer der erkrankten Menschheit aufzutreten, sogar in den meisten Fällen da, wo die gemeine (sit venia verbo!) ärztliche Hülfe versagt, so wird dies auch seine Wirkung nicht verfehlen.

Wie steht es nun mit der zweiten Cardinalfrage: genügen die heutigen Gesetze zur Eindämmung und Unschädlichmachung des Curpfuscherunfuges oder nicht? Gerade aus der oben gewünschten actenmässigen Darstellung der Verurtheilungen dürften oberflächliche Beurtheiler schliessen, dass die Gesetze wohl ausreichen. Hier muss es nun unsere Aufgabe sein, nachzuweisen, dass eben nur die wenigsten schweren Fälle zur Anzeige und Verurtheilung gelangen, weil ja die meisten Hereingefallenen sich ängstlich hüten, einen Process heraufzubeschwören, in welchem sie selbst eine nichts weniger als beneidenswerthe Rolle zu spielen gezwungen sind. Durch einen Zufall oft nur gelangt einer der Schwindel zur Kenntniss der Behörden, und kommt der Fall zur Verhandlung, dann ergiebt sich in der Regel, dass der betreffende Curpfuscher oft jahrelang schon mit seinem Handwerk das Volk ausgebeutet hat. Würde aber ein Gesetz bestehen, welches die gewerbsmässige Ausübung der Heilkunde durch Unberufene überhaupt verbietet, so würde es dem Schwindler nicht möglich gewesen sein, jahrelang seine ausbeuterische Thätigkeit ungestört

## Standesangelegenheiten.

### Zur Curpfuschereifrage.

Von Dr. W. Hanauer in Frankfurt a. M.

Die Curpfuscherfrage ist eine politische Frage ersten Ranges; sie kann nur vom Deutschen Reichstag durch Aenderung der Reichsgewerbeordnung in dem von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Aerzte gewünschten Sinne gelöst werden. Bei allen unseren Unternehmen, bei allen Untersuchungen, Enquêtes, Resolutionen etc. darf dieser Gesichtspunkt nicht ausser Auge gelassen werden. Wenn nun die Auslassungen hervorragender Parteiführer, die jüngst durch eine Berliner Correspondenz der Oeffentlichkeit mitgetheilt wurden, correct wiedergegeben sind, so sind unsere Aussichten keine besonders günstigen. Wir sehen, dass die Curpfuscherfrage als Parteifrage behandelt wird, wie jede andere auch:

auszuüben, und es würde nicht erst eines eclatanten Falles oder Zufalles bedürft haben, um dieselbe zur Kenntniss der Behörden zu bringen.

Nun bestehen aber noch weitere Gesetze, welche das unlautere Wirken der Pfscher eindämmen sollen. Nach der Reichsgewerbeordnung darf er sich nicht Arzt nennen oder einen ähnlichen Titel beilegen, durch welchen der Glaube erweckt wird, der Inhaber sei eine geprüfte Medicinalperson, ferner ist ihm die Ausübung der Heilkunde im Umherziehen verboten. Wie gierig nun die Pfscher danach trachten, sich Titel beizulegen, durch welche das Publikum in den Glauben versetzt werden soll, sie wären geprüfte Heilpersonen, das ergibt sich aus den zahlreichen gerichtlichen Urtheilen. Dass sie ferner durch Erfindung neuer Titel das Gesetz zu umgehen wissen, dürfte männiglich bekannt sein. Hier einige Beispiele: Nach reichsgerichtlicher Entscheidung gehören zu diesen verbotenen Titeln: „Homöopathische Klinik und Berathungsanstalt“, ferner „Homöopath“, weil der Sprachgebrauch den Ausdruck für approbirte Aerzte zur Bezeichnung der medicinischen Richtung (im Gegensatz zu allopathischer Arzt) anwende. Dagegen ist augenscheinlich der Titel „Homöopathie“ und „Homöopathische Anstalt“ erlaubt, denn seit Jahren annonciren zwei Pfscher in hiesigen Zeitungen unter dieser Firma. „Felgentreu's Homöopathie“ und „Schütze's homöopathische Anstalt“. Da aber, wenn die beiden obengenannten verbotenen Titel eine Irreführung des Publikums herbeiführen können, die beiden erlaubten es sicher nicht weniger thun, so muss eben hier im Gesetz eine Lücke sein. Wie geschickt die Pfscher das Verbot, im Umherziehen keine Heilkunde auszuüben, zu umgehen wissen, davon auch ein Beispiel. Da ist in den Frankfurter Zeitungen vom 17. August, in den Mannheimer vom 21. August folgende Annonce zu lesen: „Asthma- und Brustleidenden zur Nachricht, dass am 18., 19. und 20. August in Frankfurt a. M. im Hotel Landsberg der zu der überall als erfolgreich bekannten, wiederholt behördlich geprüften Curmethode des Emperikers Paul Weidhaas in Niederlössnitz bei Dresden gehörige Apparat für Atmatrie unentgeltlich gezeigt und Einsicht in amtlich bestätigte Originaldankschreiben Geheilte gestattet wird. Die Weidhaas'sche Curmethode ist auch schon in sehr veralteten über 30jährigen Fällen, sowie selbst bei 70- und 80jährigen Asthmaleidenden von Erfolg begleitet gewesen.“ Acht Tage vorher hatte Weidhaas ausserdem eine mächtige Reclame in hiesigen Zeitungen losgelassen, mit seiner Photographie und behördlich bestätigten Danksagungen. Der Pfscher kann also sehr leicht das Gesetz umgehen, er braucht nur das Vorzeigen irgend eines Apparates anzukündigen, da kann ihm keine Behörde etwas anhaben. Also auch hier wieder eine Lücke im Gesetz.

In welch' lauer Weise auch sonst die gegen die Curpfuscherei erlassenen Vorschriften gehandhabt werden, ersieht man aus der vielbeklagten, in grossem Umfang betriebenen Pfscherei der Apotheker. Ihnen ist in den Apothekerordnungen wohl aller deutschen Bundesstaaten die Ausübung der Heilkunde klipp und klar untersagt. Wie wenig dies Verbot respectirt wird, davon weiss wohl jeder Arzt ein Lied zu singen; dass einmal ein Apotheker zur Verantwortung gezogen wird, hört man aber äusserst selten. Die preussischen Vorschriften über Einrichtung und Betrieb der Apotheken vom 16. December 1893 untersagen es ferner in ihrem § 38 den Apothekern, mit Aerzten oder anderen Personen, welche sich mit der Behandlung von Krankheiten befassen, über die Zuwendung von Arzneiverordnungen Verträge zu schliessen oder Arzneien anzufertigen, deren Inhalt durch für Sachverständige unverständliche Ausdrücke, Zeichen etc. angegeben ist. Ich habe nun jüngst Recepte gesehen, ausgestellt von einem hiesigen homöopathischen Pfscher und angefertigt in einer hiesigen Apotheke, welche, äusserlich den ärztlichen Recepten nachgebildet, oben die Firma des Pfschers enthielten nebst Wohnung desselben und Angabe der Sprechstunden. Nach dem Datum folgt Rp. Med. comb. No. XII Tab. B. Nach Vorschrift für Frau X. Sicherlich liegt hier, wenn nicht ein Vertrag, so doch eine Vereinbarung zwischen Apotheker und Curpfuscher vor. Ferner fertigt der Apotheker Arzneien an, deren Inhalt durch für Sachverständige unverständliche Ausdrücke angegeben ist. Er verstösst also in zweifacher Hinsicht gegen das Gesetz, und dies ist um so bedenklicher, weil er einem Curpfuscher Vorschub leistet, dessen Nimbus beim Publikum unbedingt zerrinnen muss, wenn er ihm sagen kann, es erhalte seine Verordnungen nach Vorschrift nur in der bestimmten Apotheke angefertigt.

Nach einer preussischen Ministerialverfügung vom 27. December 1869 ist ferner den geprüften Heilgehilfen und Assistenzchirurgen die Ausübung der Heilkunde untersagt. Im Befähigungszeugniss, heisst es in dieser Verfügung, ist der Umfang der Befähigung genau anzugeben und die ausdrückliche Voraussetzung, dass der Inhaber sich bei Ausübung seines Gewerbes streng innerhalb der Grenzen seiner Befähigung halten werde, mit dem Zusatz auszusprechen, dass ihm bei Ueberschreitung der Grenzen das Befähigungszeugniss aberkannt werde und damit das Recht, sich geprüfter Heildiener zu nennen. Wie oft die Heilgehilfen ihre Befugnisse überschreiten, lässt sich schwer kontrolliren, dass aber in hiesiger Stadt ein approbirter Heilgehilfe auf seinem Schilde neben seinem Titel ganz ungenirt „Heilung von Haut- und Geschlechtskrankheiten“ ankündigen darf, das widerspricht doch ganz offenbar dem Sinne obiger Verordnung. Trotzdem ist es bis jetzt keiner Behörde eingefallen, dagegen einzuschreiten.

Es wird sehr wichtig sein, wenn in dem zu veröffentlichenden Werk über die Curpfuscherei alle diese Fälle sorgfältig gesammelt werden, bei welchen entweder die bestehenden Gesetze und Verordnungen durch eine Hinterthür umgangen oder überhaupt nicht angewendet werden, also nur auf dem Papier stehen.

Des weiteren wird es Eindruck machen, wenn wir, durch möglichst viele Beispiele belegt, den Nachweis liefern, dass die Curpfuscherei der Ausführung und Handhabung wichtiger Gesetze schädlich ist. Da kommen zunächst das Unfallversicherungsgesetz und die Gesetze zur Abwehr der Seuchen in Betracht. Wenn bei Betrieben, die der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen, z. B. den landwirthschaftlichen, die Verunglückten sich von vornherein in die Behandlung eines Pfschers begeben, von diesem falsch behandelt werden, so dass Knochenbrüche, Verrenkungen nur mit dauernder Steifigkeit ausheilen, die bei sachgemässer ärztlicher Behandlung ohne Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit curirt worden wären, so sind es doch nur die Berufsgenossenschaften, die den Schaden zu tragen haben und welche dies an ihrem Geldbeutel sehr unangenehm spüren. Solche Fälle sind veröffentlicht worden, sie kommen gewiss häufiger vor, und es ist sehr merkwürdig, wie wenig die Berufsgenossenschaften, während sie auf der einen Seite davon durchdrungen sind, wieviel für die spätere Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit auf die erste sachgemässe Behandlung ankommt, während sie infolge dessen bemüht sind, die Verletzten den Krankenkassen abzunehmen, gar eigene Unfallstationen errichten, über den Schaden, der ihnen durch die fehlerhafte Behandlung der Curpfuscher erwächst, orientirt zu sein scheinen. Auch hier scheint also noch Aufklärungsarbeit dringend nothwendig zu sein.

Dass die Curpfuscher allen Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege entgegenarbeiten, ist bei den Aerzten sowohl wie bei den Regierungen bekannt. Weniger scheint dies in den Kreisen des gebildeten Publikums der Fall zu sein. Eine gründliche Abwehr der ansteckenden Krankheiten und der Seuchen ist schlechterdings unmöglich, solange die Curpfuscher ihr Wesen treiben dürfen. Die Anzeigepflicht, das erste Erforderniss in der Bekämpfung der Infectiouskrankheiten, wird illusorisch, solange nichtapprobirt Heilkünstler sich mit der gewerbmässigen Behandlung dieser Krankheiten befassen dürfen, zumal, wie Bär<sup>1)</sup> hervorhebt, dem Publikum wohl bekannt ist, dass für die Pfscher die Anzeigepflicht nicht besteht und es in Fällen, wo es ihm darum zu thun ist, dass die ansteckende Krankheit nicht zur Kenntniss der Behörden gelangt, mit Vorliebe die Hilfe des Pfschers in Anspruch nimmt. Dem haben ja einige Behörden entgegengewirkt, indem sie die Anzeigepflicht auch für die nichtapprobirtten Personen statuirt. So der Oberpräsident der Rheinprovinz durch eine Polizeiverordnung betreffend die Verhütung der Uebertragung des Kindbettfiebers, so eine neuerliche Verordnung der Regierung in Lüneburg über die Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten vom 31. März 1897. Dieselbe bezieht sich auf Aerzte und „andere mit der Heilung von Krankheiten gewerbmässig sich befassende Personen.“ Wir halten diese Verordnungen für bedenklich und auch für werthlos. Denn von dem Pfscher kann nicht verlangt werden, dass er eine Diphtherie, ein Puerperalfieber, einen Typhus etc. erkenne und demnach zur Anzeige bringe, demzufolge kann er auch für die Unterlassung nicht bestraft werden. Die von ihm einlaufenden Anzeigen sind ja auch ziemlich problematisch, sie werden also nur dazu dienen, die Statistik zu verwirren und in ihrem Werth zu verringern. Am bedauerlichsten finden wir es aber, dass der Pfscher in seinen Pflichten wieder dem Arzte gleichgestellt ist, sein Prestige beim Publikum muss dadurch nur wieder gewinnen.

Es sollte alles vermieden werden, was nach einer behördlichen Anerkennung des Pfscherthums aussieht. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die in Aussicht genommene Prüfung des niederärztlichen Personals in der Massage entschieden bekämpfen, weil dadurch nur wieder dem Curpfuscherthum Vorschub geleistet wird. In einer Zeit, in welcher das sociale Elend des ärztlichen Standes eine immer bedrohlichere Höhe erreicht, sollten die Aerzte nicht eine Domäne preisgeben, durch welche hunderten von Aerzten ein lohnender Erwerb gewährt würde, bei welcher es zudem feststeht, dass sie einen Zweig der wissenschaftlichen Heilkunde darstellt, und welcher daher nur von wissenschaftlich vorgebildeten Leuten ausgeübt werden kann. Mit demselben Recht könnte jeder andere Zweig der physikalischen Heilmethode, z. B. die Hydrotherapie den Laien zur Ausübung überlassen werden. Damit wird aber nur den Pfschern, namentlich den unter der Firma der Naturheilkunde arbeitenden, Wasser auf die Mühle geliefert. Wenn jetzt schon die Masseure sich herausnehmen Kritik zu üben an dem Heilverfahren der Aerzte, wie soll dies erst werden, wenn sie staatlich diplomirt sind.

Wie sich derartige Masseure zu Curpfuschern der schlimmsten Sorte entwickeln, davon auch ein Beispiel, das noch nach anderer Seite hin recht interessant ist. Vor einigen Jahren tauchte dahier ein Masseur auf, der sich als solcher in den Zeitungen empfahl und zugleich Lehrurse für männliche und weibliche Personen ankündigte. Bald avancirte der Masseur zum Director einer von ihm gegründeten Lohbadeanstalt.

<sup>1)</sup> Curpfuscherthum in Eulenburg's Encyclopädie, II. Auflage.

Diese Lohbäder sollen die Panacee für alle nur denkbaren Krankheiten sein, wie in den Zeitungen mit pomphaften Annoncen angekündigt wurde. Alle Leiden würden curirt, selbst die von anderen Aerzten aufgegebenen, alle würden ohne Berufsstörung geheilt, alle mit den wunderwirkenden Loh-tanninbädern. Als der Pfuscher sein Geschäft einige Jahre lang betrieben hatte, wobei er auch Kranke bei sich beherbergte, ohne dass er unseres Wissens hierfür eine Concession besass, da hatte er die Geschichte satt, sei es, dass sie nicht mehr rentirte, sei es, dass ihm aus anderen Gründen hier der Boden zu heiss wurde. Doch er wollte seine Heilanstalt nicht aufgeben, ohne wenigstens noch recht viel Geld damit herauszuschlagen. Er suchte und fand auch ein Opfer, das gehörig von ihm ausgeplündert wurde. Dasselbe liess unter der Vorspiegelung, es würde mit Uebernahme der Heilanstalt eine glänzende Existenz finden, sich bethören, seinen Beruf aufzugeben und all' sein Vermögen — einige Tausend Mark — an ein Paar Badewannen zu hängen. Der Nachfolger des Herrn Director sah sich bald in jeder Hinsicht geprellt. Bald sah er natürlich ein, dass die Loh-tanninbäder nicht etwa eine patentirte Erfindung waren, wie ihm von seinem Vorgänger vorgespiegelt wurde, sondern, dass dieselben in jeder Badeanstalt zu haben seien, ferner war er zu ehrlich, um sich als „Doctor“ aufzuspielen und Kranke zu behandeln, wie es sein Vorgänger gethan und womit dieser sein „Geschäft“ gemacht, endlich fehlte ihm zum Annonciren das Geld, zu allem Ueberfluss erschien auch noch der Herr „Director“ wieder auf der Bildfläche, er hatte sich innerhalb einiger Wochen zum Frauenarzt entwickelt, niethete sich vis-à-vis ein, annoncirte die Errichtung eines Cur-bades Hygiea für Frauen und lockte neue Patienten an, unter der Vorspiegelung, er heile alle Frauenkrankheiten ohne Schneiden und Aetzen mit einer neuen Art von Bädern, alles nur zu dem Zweck, um die Patienten, die er von früher noch besass, wieder an sich zu locken. Kurz, der neue Besitzer der Loh-tanninbäder-Heilanstalt, der eben zum Curpfuscher zu ehrlich war, machte elend Bankerott, nach einigen Monaten wurde er exmittirt, die Badewannen kamen unter dem Hammer. Ein letzter Versuch, die Badeanstalt in eine auf wissenschaftlichen Prinzipien fussende Heilanstalt für Hydrotherapie und physikalische Heilmethoden umzuwandeln, schlug fehl. Eine gesetzliche Handhabe, gegen den Schwindler vorzugehen, war nicht vorhanden.

Diese Geschichte ist sicher lehrreich, zeigt sie doch das Treiben des echten und rechten Heilschwindlers und Industrieritters von einer Seite, die noch nicht in weiten Kreisen bekannt sein dürfte.

Dass die Bekämpfung der Curpfuscher auch mit Hilfe eines neu erlassenen Gesetzes inscenirt werden kann, beweist uns das Vorgehen des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Stadt. Derselbe hat bei dem dortigen Landgericht gegen einige Curpfuscher auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Klage erhoben. Der Process schwebt noch. Auf den Ausgang desselben darf man gespannt sein. Jedenfalls ist dieses Vorgehen dankenswerth und verdient Nachahmung.

Zum Schlusse sei darauf aufmerksam gemacht, dass das Vorgehen der Aerzte in der Pfuscherfrage bereits eine Reaction hervorgerufen hat. Der Naturheilverein in Pforzheim hat nämlich bereits darauf hingewiesen, welche Nachtheile der Naturheilmovement durch Aufhebung der Curirfreiheit entstünde, er will eine Gegenbewegung mobil machen, die von den deutschen Naturheilvereinen ausgehen soll. Lenken wir also auch nach dieser Seite unser Augenmerk, da die Stärke dieser Bewegung, die bekanntlich in einflussreichen Kreisen Gönner hat, nicht zu unterschätzen ist.

#### — Vertrauensärztliche Untersuchung für Lebensversicherung.

In Masius' Rundschau, Blätter für Versicherungswissenschaft IX. Heft, wird darauf hingewiesen, wie wenig zuverlässig öfter der Status praesens der Antragsteller festgestellt wird. Es ist vorgekommen, dass die Körpergrösse desselben Antragstellers das eine Mal auf 180 cm, das andere Mal nur auf 168 cm, oder auf 176, bzw. 169 cm, oder auf 187, bzw. 183 und 190 cm, oder auf 163, bzw. 169, oder auf 174, bzw. 180 u. s. w. angegeben ist. Ein Mangel an Technik scheint vorzuliegen, wenn eine Excursionsweite des Thorax von je 12, 13 und selbst 26 cm verzeichnet ist. Es ist dringend zu wünschen, dass die Vertrauensärzte bei Lebensversicherungsanstalten sich über ein einheitliches Verfahren bezüglich der Bestimmung der Körpermaasse einigen.